

Herr Dr. Storch gibt den Ausschussmitgliedern einen kurzen Überblick über den vorgelegten Stellenplan. Er weist, wie in der Vorlage dargelegt, auf die Steigerung der Planstellen um 1,61 Stellen hin. Rein rechnerisch entspricht dies dem notwendigen zusätzlichen Personal für die OGTS und das NWZ. Im Bereich OGTS hat das Jobcenter noch kurzfristig eine Fördermaßnahme allerdings mit auf 65% gekürztem Fördersatz verlängert. Die Förderung wird jährlich überprüft. Für die Dauer der Förderung könnte eine Stelle im Bereich OGTS entfallen. Über die Vorlage hinaus weist er noch auf 10 kleinere Veränderungen in den Bereichen Vorzimmer, Steuern, Kasse, Ordnungsamt, Sozialamt sowie Gebäudewirtschaft hin, die insgesamt zu einem Abgang von 0,06 Stellenanteilen führen.

Die Personalkosten steigen gegenüber 2010 unter Ausklammerung der internen Leistungsverrechnungen um 3,1% und unter Berücksichtigung der überarbeiteten Ansätze um 2,58%. Die entsprechenden Angaben enthält die Vorlage an den Hauptausschuss. Als Gründe für die Erhöhung nennt er die Berücksichtigung der 2010 eingestellten Auszubildenden für ein ganzes Jahr, die Einstellung eines weiteren Auszubildenden in 2011, die Kosten für die Nachbesetzung vorhandener freier und frei werdender Stellen, den Stellenzuwachs um 1,61 Planstellen, geringfügige Stundenaufstockungen im Beamtenbereich mit Rechtsanspruch, eine Steigerung der Beamtenbesoldung um 1,2% ab 01.03.2011 (wobei abzuwarten bleibt was wirklich kommt), die tariflich bereits festgelegten Steigerungen von 0,6% zum 01.01. und 0,5% zum 01.08., die Einmalzahlung von 240 € je Vollzeitstelle sowie unbeeinflussbare Erhöhungen bei den Beiträgen zur Versorgungskasse der Beamten und der tariflich Beschäftigten, der gesetzlichen Sozialversicherung und der gesetzlichen Unfallversicherung. Allein die vier letzt genannten Positionen bedingen einen rd. 132.000 € höheren Aufwand gegenüber dem Vorjahr.

Herr Langer erklärt für seine Fraktion, dass sie mit Interesse den Brandbrief des Bürgermeisters im Mitteilungsblatt, in dem die Situation sicherlich auch richtig dargestellt ist, gelesen hat. Das Gemeindefinanzierungsgesetz wird wahrscheinlich im Landtag verabschiedet werden, ist aber nicht nur auf Rot-Grün, sondern auch auf Schwarz-Gelb zurückzuführen. Dies wird sicherlich zu finanziellen Problemen führen, andererseits hat die Gemeinde im Bereich ARGE leider dem Optionsmodell nicht zugestimmt und sich daher in Probleme gebracht, die viele Kommunen jetzt auch selber zu verantworten haben. Seine Fraktion erwartet, wie bereits vom Bürgermeister angedeutet, für die Beratung im Hauptausschuss bzw. im Rat auch Einsparvorschläge für den Bereich Personal.

Herr Sonntag erklärt, auch seine Fraktion erwarte entsprechende Einsparvorschläge in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

Herr Dr. Storch erwidert, dass eine entsprechende Vorlage mit einer Liste von Kürzungsmöglichkeiten dem Hauptausschuss vorgelegt wird.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.